Frühling 2022
FCG-Magazin 01/2022 | MZ 10Z038725M
Erscheinungsort Wien | Österreichische Post AG

vorrangmensch

Magazin der Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im ÖGB

Steuerreform 2022
Deutliche Entlastung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Brief von Bundeskanzler Karl Nehammer an alle FCG-Mitglieder



Interview mit ÖAAB-Bundesobmann KO August Wöginger



Foto_© AdobeStock – xtrart

FCG

www.fcg.at

Im Mittelpunkt der Mensch

göd.fcg

STABILITÄT & SICHERHEIT

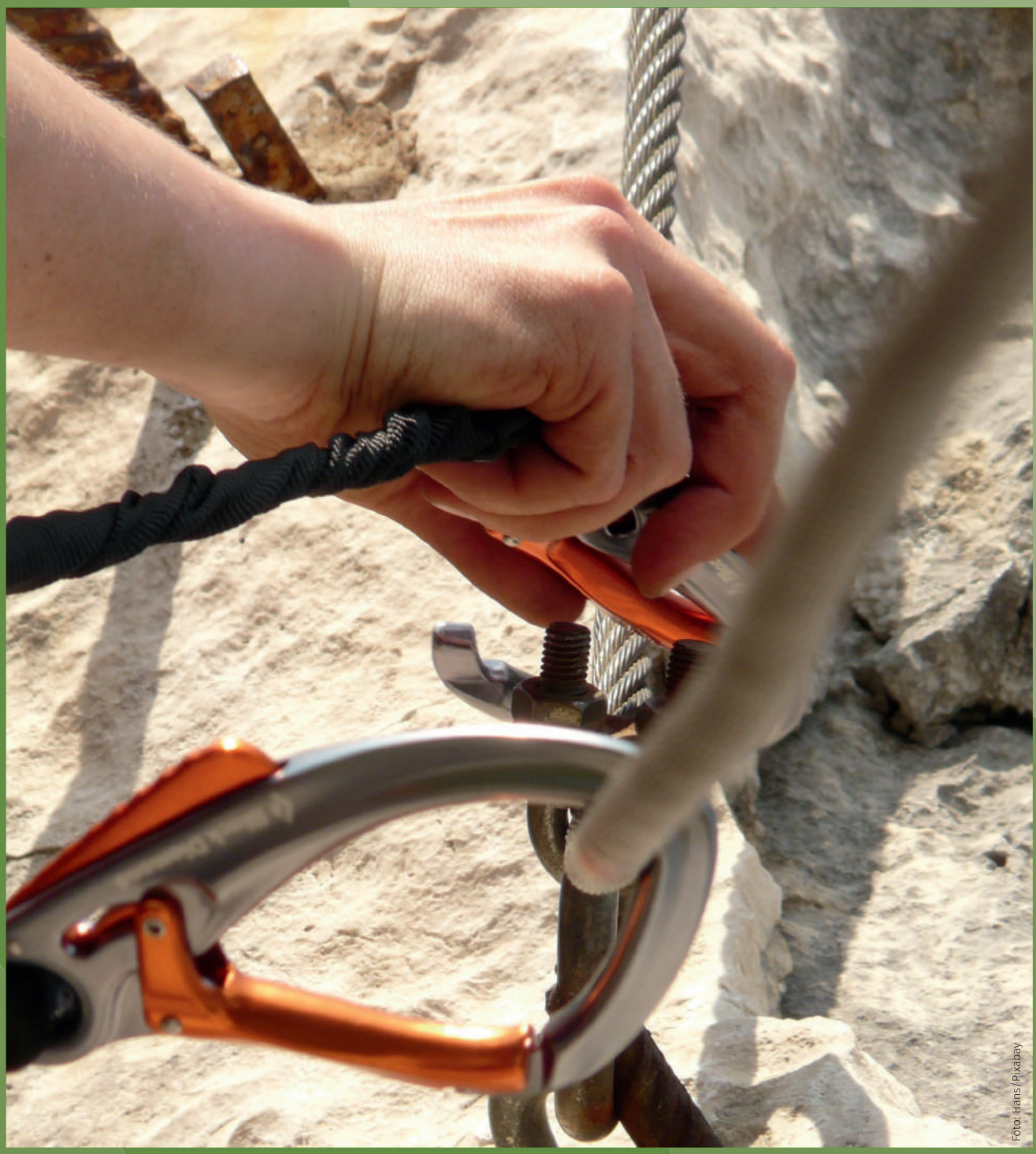


Foto: Hans/Pixabay

goedfcg.at



Dr. Norbert Schnedl
Vorsitzender der FCG
Vizepräsident des ÖGB

„Mit der ökosozialen Steuerreform werden alle deutlich entlastet!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Leider – und für uns alle beinahe unfassbar – muss dieser Leitartikel mit dem **Krieg in der Ukraine** beginnen. Wir verurteilen diesen Angriffskrieg und Überfall Russlands auf die Ukraine aufs Schärfste. Präsident Putin setzt mit diesem Angriff auf einen unabhängigen und souveränen Staat einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht, die internationale Ordnung und nimmt den Tod vieler unschuldiger Menschen in Kauf. Anerkannte Politikwissenschaftler bezeichnen diese Vorgangsweise eindeutig als Kriegsverbrechen. Wir fordern die sofortige Beendigung dieses Angriffskrieges und den unverzüglichen Abzug sämtlicher russischer Truppen aus der Ukraine.

Wir haben den Schwerpunkt dieser Ausgabe auf die große Entlastung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die **ökosoziale Steuerreform** gelegt.

Ganz entscheidende Entlastungsschritte der Bundesregierung treten nun in Kraft. Dabei werden alle Kolleginnen und Kollegen, besonders aber Familien deutlich entlastet. Unser Bundeskanzler Karl Nehammer und unser Klubobmann August Wöginger haben Wort gehalten. Die **„ökosoziale Steuerreform“** ist seit 1. Januar 2022 auf Schiene. Der Ausbau des Familienbonus Plus sowie die Senkung der Tarifstufen der Lohn- und Einkommensteuer von 25% auf 20%, in der zweiten Stufe von 35% auf 30% und in der dritten Stufe von 42% auf 40% werden sich auf allen Lohn- und Gehaltszetteln deutlich auswirken. Dies ist gerade in Zeiten stark steigender Inflation notwendig, wo die Binnenkaufkraft ein zentrales Element der Stabilisierung des Wirtschaftswachstums ist.

Insbesondere die rasant steigenden **Energiepreise** stellen eine enorme Belastung dar. Insofern ist der von der Bundesregierung vorgelegte Energiekostenausgleich eine erste zielgerichtete Maßnahme zur Entlastung.

Die Ausgleichsmaßnahmen für **Pendlerinnen und Pendler** sind zu begrüßen. Damit wird sichergestellt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in ihrer Berufsausübung auf das Auto angewiesen sind, durch die CO2-Bepreisung nicht zusätzlich belastet werden.

Sehr deutlich wird in der aktuellen Situation, dass unsere **christlich-sozialen Werte** die beste Basis für eine gerechte Politik sind. Mit dem in unserem Grundsatzprogramm verankerten Bekenntnis zu einer „ökosozialen Marktwirtschaft“ stellen wir die Erhaltung der Lebensgrundlagen und des Klimas in den Fokus eines gerechten Wirtschaftshandelns. Dazu braucht es eine ausgewogene Balance zwischen einer leistungsfreundlichen Wirtschaft, sozialer Solidarität und dem effektiven Schutz der Umwelt!

In diesen schweren Zeiten gilt unsere Solidarität und unsere Hilfsbereitschaft der Ukraine und den vielen Zivilisten, die gezwungen wurden ihr Land zu verlassen! ■

Ihr Norbert Schnedl,
Bundesvorsitzender der FCG



Mag. Denis Strieder
FCG-Pressereferent

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

in der aktuellen Ausgabe unseres Magazins widmen wir uns der ökosozialen Steuerreform der Bundesregierung und blicken auf die wesentlichen Maßnahmen zur Steuerentlastung in den kommenden Jahren. Anhand von persönlichen Beispielen demonstrieren wir, wie hoch die Entlastung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausfällt.

Mit diesem Hintergrund freuen wir uns sehr, Ihnen in dieser Ausgabe einen Brief von unserem Bundeskanzler Karl Nehammer an alle FCG-Mitglieder und ein Interview von ÖAAB-Bundesobmann KO August Wöginger zur Steuerreform präsentieren zu dürfen.

Die Gedanken unseres Teams sind in dieser schwierigen Zeit selbstverständlich bei den Menschen in der Ukraine. Wir verurteilen den Angriffskrieg der Russischen Föderation aufs Schärfste und können nur hoffen, dass es zu keiner langanhaltenden militärischen Auseinandersetzung und humanitären Katastrophe kommt.

Im Namen des Teams wünsche ich Ihnen viel Freude beim Lesen! ■

Denis Strieder
Chefredakteur von „Vorrang Mensch“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Karl Nehammer
Bundeskanzler

es ist mir eine große Freude, mich anlässlich der ersten Ausgabe des FCG-Magazins im Jahr 2022 mit ein paar Gedanken an Euch wenden zu dürfen.

Die Krise der vergangenen zwei Jahren hat uns allen verdeutlicht, dass sich die Welt um uns herum in einem ständigen Wandel befindet. Davon ist auch die Arbeitswelt nicht ausgenommen. Verschiedense Themen, von der Arbeitszeitflexibilisierung bis hin zur Digitalisierung, vor allem aber das Home-Office haben durch die Pandemie weiter an Schwung gewonnen. Gerade in bewegten Zeiten wie diesen spielen Arbeitnehmer*innenvertretungen wie die FCG eine besonders wichtige Rolle.

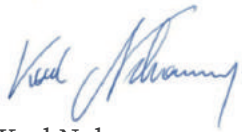
Als Bundeskanzler ist es mir ein Anliegen, dass sich Leistung in Österreich lohnt. Es muss in unserem Land wieder möglich sein, dass sich Menschen durch Arbeit und Fleiß Eigentum aufbauen und ein gutes Leben führen können. Gleichzeitig geht es in einer Gesellschaft aber auch um die Fürsorge und das Miteinander. Das bedeutet, dass jene Menschen, die tatsächlich Hilfe brauchen, diese auch bekommen sollen. Österreich ist ein Land der Fleißigen. Gleichzeitig sind wir zurecht stolz auf unseren Sozialstaat. Für die richtige Balance zwischen Leistungsgesellschaft und Sozialstaat braucht es ein ausgewogenes Zusammenspiel zwischen steuerlicher Entlastung und treffsicherer Sozialpolitik. Beides hängt von einer Reihe an Faktoren ab, auf die wir in der Politik mit unseren Entscheidungen positiven Einfluss nehmen können.

Das ist unserem Regierungsteam bisher gut gelungen. So haben wir im Sozialbereich bereits konkrete Erfolge erzielt. Das beste Beispiel dafür ist die ökosoziale Steuerreform: Sie ist nicht nur die größte Entlastung in der 2. Republik, sondern legt auch besonderen Fokus auf den Faktor Arbeit. Konkret bedeutet das eine Senkung der Einkommenssteuerstufen und damit eine Entlastung für all jene, die durch ihre Arbeit einen wesentlichen Beitrag leisten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen so insgesamt bis zu 1.230 Euro pro Jahr weniger an Steuern. Zudem haben wir den Familienbonus von 1.500 auf 2.000 Euro pro Kind und Jahr erhöht. Auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik konnten wir während der Krise mit der Kurzarbeit hunderttausende Jobs erhalten und absichern. Heute ist die Zahl der Arbeitslosen niedriger als vor der Pandemie. Hier ist Österreich ein Vorzeigebeispiel im Vergleich zu vielen anderen Ländern.

Die FCG hat sich nicht nur in der Pandemie als wichtiger Sozialpartner durch Handschlagqualität, Durchsetzungsvermögen, vor allem aber Kompromiss- und Dialogbereitschaft bewährt. Sie zeichnet sich darüber hinaus durch das christliche Wertefundament aus und stellt den Mensch stets in den Mittelpunkt des Handelns. Das sind Grundsätze, die sich auch in meinem politischen Handeln widerspiegeln. Ich bin davon überzeugt, dass diese Werte nicht nur heute, sondern auch in Zukunft ein solider Ausgangspunkt für den Einsatz der Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind.

Abschließend möchte ich mich bei Euch, liebe Funktionärinnen und Funktionäre der FCG, herzlich für Euer Engagement bedanken und freue mich auf eine gute, weitere Zusammenarbeit in den kommenden Jahren.

Mit den besten Grüßen



Karl Nehammer
Bundeskanzler

*Anmerkung: Der Brief von Bundeskanzler Nehammer wurde vor Beginn des Krieges in der Ukraine verfasst

FCG/GPA fordert rasche Erhöhung des Kilometergeldes

TREIBSTOFFPREISE SENKEN DIE EINKOMMEN DER PENDLERINNEN UND PENDLER DRASTISCH – AMTLICHES KILOMETERGELD SEIT 14 JAHREN BEI 42 CENT „EINGEFROREN“



Foto: © Adobestock - Bettina Sampl

Wenn die Treibstoffpreise - wie derzeit - an den Zapfsäulen permanent steigen, treibt es den Autofahrerinnen und Autofahrern nicht nur die Zornesröte ins Gesicht, für viele führt die Benutzung des PKW im Auftrag ihres Arbeitgebers zum teuren Verlustgeschäft. Dass sich das irgendwann nicht mehr ausgehen kann, liegt auf der Hand. „Der Umstand, dass das amtliche Kilometergeld (derzeit 42 Cent) seit 14 Jahren nicht mehr erhöht wurde, ist ein arges Systemversagen, das zu Lasten der betroffenen Arbeitnehmer*innen geht“, positioniert sich FCG/GPA Bundesgeschäftsführer Franz Gosch.

Mit dieser Aussage verweist er auf „Grassers Erlass“ aus dem Jahr 2008, dieser ließ das amtliche Kilometergeld „einfrieren“, um keine Indexierung zuzulassen. „Arbeitnehmer*innen haben nicht nur die gestiegenen Kosten für ihr Kfz zu tragen, sondern unterstützen auch gleichzeitig ihre Arbeitgeber*innen finanziell, wenn sie bereit sind, ihren privaten PKW für dienstliche Fahrten zur Verfügung zu stellen“, erklärt Gosch. Dies gilt auch aus seiner Sicht als Obmann der Pendler*inneninitiative Österreich.

Das amtliche Kilometergeld solle neben Anschaffungs- und Treibstoffkosten auch die Kosten für anfallende Reparaturen, Versicherungen, Parkgebühren und die Vignette ausgleichen. „Alles Preise, die sich in den vergangenen Jahren erhöht haben. Alleine schon bedingt durch die Inflation“, gibt Wolfgang Pischinger, Vorsitzender der FCG/GPA und Betriebsratsvorsitzender der Oberbank, zu bedenken. „Wenn man faire Bedingungen für die Arbeitnehmer*innen schaffen möchte, müssen jedenfalls die anfallenden Kosten durch das Kilometergeld gedeckt sein. Bestenfalls sollten auch noch ein paar Cent übrig bleiben. Alleine schon aus Motivationsgedanken. Das wäre nur gerecht“, stellt Christgewerkschafter Pischinger klar.

Ökologisierung des Steuersystems nicht auf dem Rücken der Pendler*innen

Die Christgewerkschafter*innen können der Ökologisierung des Steuersystems jedenfalls etwas abgewinnen. Der Klimabonus ist gut, genügt aber nicht als Ausgleich für Pendler*innen und mobile Arbeitskräfte. Sie mahnen aber auch, die Augen nicht vor der Realität zu verschließen. Nämlich vor der Tatsache, dass viele Menschen, vor allem im ländlichen Bereich, auf ihr KFZ angewiesen sind, und dass viele Menschen für die Verrichtung ihrer Arbeit ihren privaten PKW nützen müssen. Für die Schwäche in der öffentlichen Infrastruktur dürften nicht die Menschen büßen. Es müsse endlich Schluss damit sein, alle Kosten immer auf die Kleinsten, die Arbeitnehmer*innen, abzuwälzen. „Es wäre einfach fair, die extremen Kostensteigerungen den Arbeitnehmer*innen endlich abzugelten“, appellieren Wolfgang Pischinger und Franz Gosch in Richtung Finanzminister. „Daher fordern wir als FCG/GPA eine Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes auf 50 Cent und die Wiedereinführung der Indexierung“, so die FCG/GPA. ■


Wolfgang Pischinger, Vorsitzender der FCG/GPA & Franz Gosch, Bundesgeschäftsführer der FCG/GPA

Die ökosoziale Steuerreform

Interview mit dem Bundesobmann des ÖAAB, Abgeordneten zum Nationalrat und ÖVP-Klubobmann August Wöginger.

Lieber Bundesobmann, lieber Gust, am Beginn des Jahres 2022 beginnt die „ökosoziale Steuerreform" ihre Wirkung zu entfalten – und doch sprechen alle nur von Corona.

Wöginger: Die Corona-Pandemie ist nach wie vor eine immense Herausforderung, der wir uns in der Volkspartei in Regierung und Parlament mit ganzer Kraft entgegenstellen. Das werden wir unvermindert weiterhin tun, bis wir die Krise überwunden haben. Klar ist aber, dass es auch abseits des Virus viel zu tun gibt. So sorgen wir mit der ökosozialen Steuerreform für breite Entlastung für alle Menschen in Österreich. Wir leiten dabei die Ökologisierung des Steuersystems ein, sichern den Aufschwung und stärken die Nachhaltigkeit in unserem Land. Schon während der Pandemie hat diese Bundesregierung für die Menschen viel auf den Weg gebracht – wie die Senkung des Eingangssteuersatzes von 25 auf 20 Prozent, um nur ein Beispiel zu nennen. Dieser Pfad wird nun fortgesetzt. Wir sorgen dafür, dass den Menschen mehr zum Leben bleibt und unser Wirtschaftsstandort noch attraktiver wird. Es ist dies die größte Steuerreform der Zweiten Republik.

*Sogar diese Aussage wird von Kritiker*innen bestritten. Mit immer neuen Rechenbeispielen wird vor „schrecklichen Auswirkungen" der Reform gewarnt.*



Foto: © ÖVP-Parlamentsklub - Barbara Nidetzky

Abg. z. NR August Wöginger, Klubobmann der Neuen Volkspartei

Wöginger: Wir sorgen für Entlastung für alle. Alleine das Volumen der ökosozialen Steuerreform in Höhe von rund 18 Milliarden Euro ist ein klarer Beleg dafür, dass wir hier im Sinne von Land und Leuten handeln. Wer Schreckgespenster an die Wand malen möchte, dem geht es nur darum, die Arbeit dieser Bundesregierung – die hier einen der größten Meilensteine in ihrem Programm umsetzt – schlecht zu reden. Mir geht es um die konstruktive Arbeit. Und diese hat ein klares Ergebnis gebracht. Drei wesentliche Punkte bilden nun die tragenden Säulen dieser größten Steuerreform: die Entlastung für arbeitende Menschen, die Entlastung für den Standort und Anreize für umweltfreundliches Verhalten.

Die FCG erhebt die Forderung nach einer ökosozialen Marktwirtschaft seit vielen Jahren in ihrem Grundsatzprogramm. Ist ein erster Schritt gelungen?

Wöginger: Nicht nur ein Schritt, sondern eine bedeutende Richtungsänderung. Der ehemalige ÖVP-Vizekanzler Josef Riegler hat bereits vor 30 Jahren die ökosoziale Marktwirtschaft ins Leben gerufen. Wir sind die Partei, die Klimaschutz mit Hausverstand umsetzt. Zum ersten Mal ist der Einstieg in eine CO_2-Bepreisung gelungen und zugleich werden Arbeitnehmer*innen mit der Einführung des „regionalen Klimabonus" entlastet.

*Welche anderen Reformschritte werden Arbeitnehmer*innen direkt im Brieftaschl spüren?*

Wöginger: Jene, die viel für unser Land leisten, wollen wir entsprechend entlasten. So senken wir die zweite Einkommensteuerstufe von 35 auf 30 Prozent – das bedeutet bis zu 650 Euro Entlastung pro Jahr. Ab Juli 2023 senken wir die dritte Stufe von 42 auf 40 Prozent. Das bedeutet bis zu 580 Euro mehr im Börsel im Jahr. Damit die Durchführung der Lohnverrechnung so einfach wie möglich ist, kann ein Mischsteuersatz von 32,5 in diesem Jahr beziehungsweise 41 Prozent im nächsten Jahr verwendet werden. Komplizierte Aufrollungen werden so vermieden. Für Familien wird ab Juli 2022 zudem der Familienbonus für jedes minderjährige Kind von 1.500 Euro auf 2.000 Euro erhöht, was zusammen mit der Erhöhung des Kindermehrbetrags auf 450 Euro zu einer deutlichen Förderung für Familien in Österreich führt.

*Kritiker*innen sagen, dass Menschen, die nur geringste Einkommen haben und unter prekären Verhältnissen leben, diese Reformen nicht nutzen können. Was sagst du dazu?*

Wöginger: Genau für diese Gruppe haben wir in Österreich eines der am dichtest gewebten sozialen Netze weltweit! Neben den bereits erwähnten Maßnahmen mit dieser Reform gibt es zudem eine Entlastung der Geringverdiener*innen durch eine Erhöhung des Sozialversicherungsbonus sowie des Pensionistenabsetzbetrages. Das bringt bis zu 250 Euro pro Jahr.

Gerade Arbeitnehmer*innen tragen zu einem großen Teil zum Steueraufkommen der Republik bei; es ist daher mehr als gerechtfertigt, hier mit der ökosozialen Steuerreform Erleichterungen zu schaffen und dabei Familien besonders zu stärken. Arbeitnehmer*innen zahlen beispielsweise bis zu 1.230 Euro pro Jahr weniger Steuern.

Wir haben im letzten Jahr das 130-Jahr-Jubiläum der ersten Sozialenzyklika „Rerum Novarum" gefeiert, die 1891 erschienen ist und ein Wertefundament für den ÖAAB und die FCG bildet.

Wöginger: Die letzten Jahre waren sehr herausfordernd und noch ist die Pandemie nicht endgültig überwunden. Gerade in stürmischen Zeiten solide Werte zu haben, die auch Orientierung geben, ist ein wesentliches Merkmal „christlich-sozialer" Politik. Dass in dieser Periode auch drei Mitglieder des FCG-Präsidiums, die Kolleginnen Romana Deckenbacher, Gertraud Salzmann und Bettina Zopf, ins Parlament gewählt wurden, bestätigt unseren erfolgreichen Weg. Die ökosoziale Steuerreform wird für alle Arbeitnehmer*innen im Land deutlich spürbar sein, nicht zuletzt, weil wir auch ein Mitarbeiter*innen-Beteiligungsmodell mit bis zu 3.000 Euro steuerfrei eingeführt haben. Gehen wir diesen Weg gemeinsam weiter!

Herzlichen Dank für das Gespräch! ■

Ukraine: Resolution der FCG im ÖGB

Die FCG verurteilt aufs Schärfste den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine.

Russlands Militärangriff auf die Ukraine – einen unabhängigen und souveränen Staat – stellt einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht und die internationale Ordnung dar.

Wir erleben in Europa **eine der dunkelsten Stunden seit Ende des Zweiten Weltkriegs.** In unserer unmittelbaren Nachbarschaft herrscht erneut Krieg. Ob in der Ukraine oder in Russland – es sind vor allem Arbeitnehmer*innen mit ihren Familien, die unter dem Krieg und seinen Folgen zu leiden haben.

Gemeinsam mit unseren Partner*innen in den ukrainischen Gewerkschaften **solidarisieren wir uns mit der ukrainischen Bevölkerung.** Ihr droht durch den Einsatz von Panzern und Raketen gegen die Zivilbevölkerung unendliches Leid. Russland provoziert mit diesem Angriffskrieg eine Eskalation militärischer Gewalt, die jederzeit völlig außer Kontrolle geraten kann. Für Europa und die internationale Friedensordnung ist dies ein herber Rückschritt in eine überwunden geglaubte Vergangenheit.

Die FCG fordert Präsident Putin als Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte auf, die **Militäroperationen unverzüglich einzustellen** und alle Streitkräfte und militärische Ausrüstung bedingungslos aus der Ukraine abzuziehen. Russland trägt die volle Verantwortung für diesen Akt der Aggression sowie für die dadurch verursachte Zerstörung und den Verlust von Menschenleben.

Wir rufen die Europäische Union und all ihre Mitgliedstaaten dazu auf, sich solidarisch an die Seite der Menschen in der Ukraine zu stellen und ihnen alle Hilfe zukommen zu lassen, die sie benötigen. Die Russische Föderation muss dazu gebracht werden, in **Friedensverhandlungen** einzutreten – auch wenn dafür **scharfe wirtschaftliche Sanktionen** erforderlich sind.

Der russischen Staatsführung ist deutlich zu machen, dass niemand wirklich sicher ist, bevor es nicht alle sind.

Militärische Machtdemonstrationen und die Anwendung bewaffneter Gewalt münden in Tod und Elend. Wir können die globalen Probleme von heute nur gemeinsam lösen. Dafür braucht es die europäische und weltweite Zusammenarbeit der Völker in allen Krisenherden.

Krieg ist keine Lösung! ■

Ökosoziale Steuerreform 2022

Seit dem Jahresbeginn ist es soweit – die ökosoziale Steuerreform tritt stufenweise in Kraft!

Die Senkung des zweiten Tarifsteuersatzes von 35 auf 30 Prozent wurde von Juli auf Jänner 2022 vorgezogen. Seit dem 1. Jänner 2022 kommt zur Umsetzung dieser Maßnahme für das gesamte Jahr 2022 ein Mischsteuersatz von 32,5 Prozent zur Anwendung. Die erste Tarifstufe wurde bereits ab 2020 von 25 auf 20 Prozent gesenkt und im Sommer 2023 folgt die Senkung des dritten Tarifsteuersatzes von 42 auf 40 Prozent. Das Entlastungsvolumen beträgt insgesamt über 18 Mrd. Euro bis zum Jahr 2025, damit handelt es sich um die größte Steuerentlastung der 2. Republik.

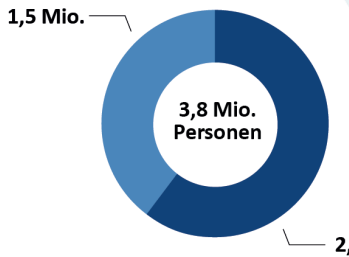
Der geplante Ausbau des Familienbonus Plus sowie die Senkung der Tarifstufen der Lohn- und Einkommensteuer stellen große Entlastungsschritte für alle Kolleginnen und Kollegen dar. Durch die Entlastung des Faktors Arbeit wird jeder Vollzeitbeschäftigte um mehr als 300 Euro pro Jahr entlastet, Personen mit niedrigem Einkommen und Pensionistinnen und Pensionisten profitieren ebenfalls von diesen Maßnahmen. Zudem werden eine CO_2-Bepreisung und der regionale Klimabonus eingeführt, der an die Verkehrsinfrastruktur des Wohnorts gekoppelt ist. Unterm Strich stellen die geplanten Maßnahmen eine deutliche und nachhaltige Entlastung dar.

ENTLASTUNGSPAKET | Tarifsenkung

3,8 Mio. Steuerzahler profitieren von der Tarifentlastung

- **2,3 Mio. Personen** mit Einkommen **bis 31.000 Euro** pro Jahr*
- **1,5 Mio. Personen** mit Einkommen **über 31.000 Euro** pro Jahr

* entspricht ca. 3.150 Euro brutto pro Monat



Wesentliche Maßnahmen der ökosozialen Steuerreform auf einen Blick:

- **Senkung der 2. Einkommenssteuerstufe** von 35 auf 30 Prozent, seit Jänner 2022 gilt bereits ein Mischsteuersatz von 32,5 % für das gesamte Jahr 2022, das entspricht einer Entlastung von bis zu 650 Euro pro Jahr
- **Senkung der 3. Einkommenssteuerstufe** ab Juli 2023 von 42 auf 40 Prozent, das entspricht einer maximalen Entlastung von bis zu 580 Euro pro Jahr
- **Entlastung niedriger Einkommen** durch Erhöhung der Negativsteuer bzw. des Zuschlags zum Verkehrsabsetzbetrages und des Pensionistenabsetzbetrages, das entspricht einer Entlastung von bis zu 250 Euro pro Jahr
- **Erhöhung des Familienbonus** von 1.500 Euro auf 2.000 Euro pro Kind und Jahr ab Juli 2022 von 1.500 Euro auf 2.000 Euro pro Kind und Jahr - hinzu kommt die Erhöhung des Kindermehrbetrages auf 450 Euro
- **Einführung des Mitarbeiter*innen-Beteiligungsmodells** mit bis zu 3.000 Euro steuerfrei für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- **Einführung des regionalen Klimabonus** ab 2022 mit einer Staffelung in vier Stufen mit einem Betrag von 100 Euro, 133 Euro, 167 Euro oder 200 Euro jährlich – für Kinder gibt es zusätzlich einen Aufschlag von 50 Prozent
- **Die Sauber-Heizen-Offensive** mit einem Gesamtvolumen von 500 Millionen Euro – hierzu zählen u.a. steuerliche Anreize für Heizkesseltausch und thermische Sanierung

Quelle: Bundesministerium für Finanzen (www.bmf.gv.at)

Wesentliche Maßnahmen

Entlastung von Arbeit und Pensionen	Entlastung der Wirtschaft	Entlastung Land-/Forstwirtschaft	Kompensation der CO_2 Bepreisung
Tarifsenkung auf 30%/40%	KÖSt-Senkung	Wiedereinführung Agrardiesel	Regionaler Klimabonus
Krankenversicherung-Senkung	Anhebung GWG-Grenze	Energieautarke Bauernhöfe	Landwirtschaftsausgleich
Mitarbeitergewinnbeteiligung	Eigenstrom-Befreiung	KV-Senkung	Carbon Leakage
Familienbonus Erhöhung	Investitionsfreibetrag Basis + Öko		Härtefall-Regelung

Persönliche Entlastung

Ehepaar mit zwei Kindern (5 und 9 Jahre) aus Klagenfurt: Elisabeth ist Vollzeitangestellte (2.167 Euro Nettogehalt) in der öffentlichen Verwaltung, Bernhard Vollzeitangestellter (2.220 Euro Nettogehalt) bei einem Industriebetrieb.

Bernhard (Monatseinkommen 2.220 Euro netto)

Entlastung KV und Tarif	616 €
Entlastung Aufstockung Familienbonus	500€
Entlastung Regionalbonus	200 €
Gesamtentlastung pro Jahr	**1.316 €**

Elisabeth (Monatseinkommen 2.167 Euro netto)

Entlastung KV und Tarif	567 €
Entlastung Aufstockung Familienbonus	500 €
Entlastung Regionalbonus	200 €
Entlastung Regionalbonus für 2 Kinder	200 €
Gesamtentlastung pro Jahr	**1.467 €**

Entlastung pro Jahr: 2.783 Euro



Foto: © AdobeStock - contrastwerkstatt



Foto: © AdobeStock - Jenko Ataman

Persönliche Entlastung

Pensionisten-Ehepaar aus Wels: Josef war Vollzeitangestellter (1.220 Euro Nettopension) bei einem Versicherungsunternehmen, Waltraud lange Zeit zu Hause und als Sprechstundenhilfe (1044 Euro Nettopension) bei einem Arzt tätig.

Waltraud (Monatspension 1044 netto)

Entlastung Steuer	225 €
Entlastung Regionalbonus	200 €
Gesamtentlastung pro Jahr	**425 €**

Josef (Monatspension 1.220 netto)

Entlastung Steuer	225€
Entlastung Regionalbonus	200 €
Gesamtentlastung pro Jahr	**425 €**

Entlastung pro Jahr: 850 Euro

Maßnahmen gegen Teuerung und steigende Energiepreise

- **Aussetzung der Ökostrompauschale und des Ökostromförderbeitrags für 2022:** Die Ökostrom-Beiträge für Betriebe und Haushalte werden im Jahr 2022 auf null gesetzt, dies entspricht ungefähr 100,– Euro pro Haushalt.
- **Teuerungsausgleich für besonders vulnerable Gruppen:** Durch eine Einmalzahlung in Höhe von 150 Euro sowie einer weiteren, zusätzlichen Zahlung in Höhe von 150 Euro werden Arbeitslose, Mindestsicherungs-, Ausgleichszulage- und Studienbeihilfe-Bezieher*innen und Mobilitätsstipendiat*innen für gestiegene Lebenserhaltungskosten kompensiert.
- **Energiekostenausgleich:** Jeder Einpersonenhaushalt bzw. jeder Mehrpersonenhaushalt mit einem Einkommen bis zur ein- bzw. zweifachen ASVG-Höchstbeitragsgrundlage erhält für den Hauptwohnsitz einmalig einen Energiekostenausgleich in Höhe von 150 Euro.
- **Energieberatungen:** Intensivierung der Energieberatungen auf allen Ebenen. Zusätzlich soll besonders betroffenen, einkommensschwachen Haushalten ermöglicht werden, Weißware mit besonders hohem Energieverbrauch durch Geräte mit niedrigerem Energieverbrauch zu beziehen um sich „herauszuinvestieren".

Quelle: www.bmkoes.gv.at

Kinderbetreuungsgeld – Rückforderung wegen Überschreitung der Zuverdienstgrenze

MIT DEM NACHSTEHENDEN ARTIKEL VERSUCHEN WIR ZU ERKLÄREN, was unter den Zuverdienst zum KBG fällt und was man tun kann, wenn man eine KBG-Rückforderung von der Sozialversicherung erhalten hat.

Kurzinfos zur Zuverdienstgrenze

Zuverdienste sind grundsätzlich alle steuerpflichtigen Einkünfte (z.B. Einkünfte aus unselbstständiger Arbeit oder aus Land- und Forstwirtschaft) während des Bezugs von Kinderbetreuungsgeld. Seit 2008 muss lediglich der Betrag zurückgezahlt werden, um den die Zuverdienstgrenze im Kalenderjahr überschritten wurde. Ein Kalendermonat zählt grundsätzlich nur dann als Zuverdienstmonat, wenn das **ganze** Monat – von Monatsersten bis Monatsletzten – KBG bezogen wurde. Für die zeitliche Zuordnung der Einkünfte gelten die steuerlichen Regelungen, demnach kommt es nicht darauf an, ob man in dem Monat gearbeitet hat, sondern, ob Einkünfte diesem Monat **steuerlich zugeordnet** wurden.

Beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld beträgt die Zuverdienstgrenze für Geburten ab 01.01.2020 **7.300 Euro pro Kalenderjahr** (01.01. – 31.12.). Für Geburten bis 31.12.2019 betrug sie 6.800 Euro. Die Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeld-Konto beläuft sich auf derzeit **16.200 Euro pro Kalenderjahr** (Untergrenze), sofern nicht eine höhere individuelle Zuverdienstgrenze zum Tragen kommt. (Die **individuelle** Zuverdienstgrenze wird nach der Antragstellung anhand der Steuerdaten vom Krankenversicherungsträger berechnet.) Für die Berechnung des Zuverdienstes steht online ein Kinderbetreuungsgeld-Zuverdienstrechner zur Verfügung. Diesen finden Sie unter: https://www.sozialversicherung.at/kbgZuverdienstrechner/views/home.xhtml

Verzicht auf Kinderbetreuungsgeld

Weiß man, dass z.B. in einem bestimmten Monat Überstunden/Mehrdienstleistungen/sonstige Ausstände von der Dienstgeberin bzw. vom Dienstgeber gebündelt ausbezahlt werden, kann in dieser Zeit aufs KBG verzichtet werden. Dies muss im Vorhinein (!) dem Sozialversicherungsträger bekanntgegeben werden. ACHTUNG: Durch den zwischenzeitlichen Verzicht auf KBG wird rechnerisch auch die Zuverdienstgrenze anteilig gekürzt und zwar um jeweils um 1/12 pro Verzichtsmonat.



Monika Gabriel
Bundesfrauenvorsitzende der FCG

Ein Widerruf des Verzichts ist möglich.

Kurzinfo zum Rückforderungsbescheid

Wer Kinderbetreuungsgeld bezogen und die Zuverdienstgrenze überschritten hat, muss (bis sieben Jahre danach!) mit der Zusendung eines Rückforderungsbescheides des Krankenversicherungsträgers rechnen. Mit diesem Bescheid wird die Überschreitung der Zuverdienstgrenze festgestellt und die Rückforderung der zu Unrecht bezogenen Leistung ausgesprochen, in der Rechtsmittelbelehrung findet man die Information, dass man gegen den Bescheid Klage beim Arbeits- und Sozialgericht erheben kann.

Zu beachten ist:

- Überprüfen Sie, ob die Angaben im Bescheid stimmen.
- Haben Sie im betreffenden Kalenderjahr das ganze Jahr KBG bezogen, dann nehmen Sie den Steuerbescheid dieses Jahres und rechnen Sie mit den Jahreseinkünften ihren Zuverdienst unter Verwendung des Online-Rechners (s. oben) nach.
- Hatten Sie keinen ganzjährigen Leistungsbezug, so wenden Sie sich an ihren Dienstgeber, der die Daten zu ihrer Lohnsteuerbemessungsgrundlage an den Krankenversicherungsträger übermittelt hat, und rechnen Sie anhand dieser Einkunftsdaten ihren Zuverdienst unter Verwendung des Online-Rechners nach.
- Stimmen die Daten im Bescheid und liegen keine Gründe vor, die gegen die Rückforderung sprechen, dann muss der Rückforderungsbetrag auf das angegebene Konto eingezahlt werden. Ist es Ihnen nicht möglich, den gesamten Rückforderungsbetrag auf einmal zurückzuzahlen, dann wenden Sie sich an ihren Krankenversicherungsträger.
- Sind Sie der Ansicht, die Daten stimmen nicht und der Bescheid erging unrechtsmäßig, dann wenden Sie sich u. a. an ihre Fachgewerkschaft und lassen Sie sich beraten – auch wegen Klageeinbringung beim Arbeits- und Sozialgericht.

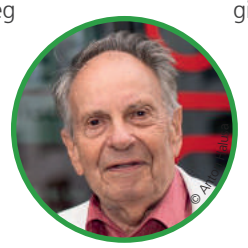
Sie finden alle aktuellen Informationen zum Kinderbetreuungsgeld auf der Homepage des Bundeskanzleramtes unter https://www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/familie/finanzielle-unterstuetzungen/kinderbetreuungsgeld-ab-1.3.2017.html ■

Pensionsanpassung

IN ÖSTERREICH IST DIE PENSIONSANPASSUNG (fälschlich oft als Pensionserhöhung bezeichnet) aufgrund der von der Statistik Austria erhobenen Inflationsrate für den Zeitraum von August des vorvergangen Jahres bis zum Juli des vergangenen Jahres gesetzlich geregelt. Tritt diese Anpassung tatsächlich in Kraft, genügt eine Verordnung des Sozialministers. Allerdings ist diese Anordnung in Österreich seit 2004 erst 4-mal erfolgt. In den übrigen Jahres gab es stets unterschiedliche Anpassungen, wobei die niedrigsten Pensionen durchwegs über dem Inflationswert angepasst wurden. Die übrigen Pensionen wurden in der Regel mit weit unter der Inflation liegenden Prozentsätzen, mit Fixbeträgen oder nur bis zu einer bestimmten Höhe der Pension, angepasst. In solchen Fällen ist ein Gesetzesbeschluss im Nationalrat erforderlich. Diese Vorgangsweise hat dazu geführt, dass die Pensionen in den letzten 20 Jahren nach Informationen des Wirtschaftsforschungsinstitutes einen Kaufkraftverlust von bis zu 30 % erfahren haben. Dass die Pensionist*innenorganisationen mit dieser Entwicklung nicht zufrieden sind, liegt auf der Hand. Der gegenwärtige Umstand – die Inflation stieg im Jänner auf 5,1 % – trägt dazu bei, dass das System nun total aus dem Ruder zu laufen scheint. Es liegt sowohl im Interesse unserer Volkswirtschaft als auch im Interesse der Pensionsbezieher*innen, dass die Kaufkraft nicht weiter schwindet. Die Pensionistinnen- und Pensionistenvertreter*innen fordern daher von der Regierung Maßnahmen zu setzen, um entsprechend gegensteuern zu können. Als absurd bezeichnen die Pensionistinnen- und Pensionistenvertreter*innen auch, dass der in den 1990er Jahren eingeführte „Pensionssicherungsbeitrag", der sowohl für Teile des Bundesdienstes, der ÖBB, der Post als auch Teile der Gemeindebediensteten gilt und in einzelnen Fällen bis zu 25 % beträgt, zu entrichten ist. Dass die wiederholt stattgefundenen Initiativen – zuletzt im Jahr 2020 – regelmäßig vom Parlament abgewiesen werden, ärgert besonders. Die FCG erklärt sich mit den Interessen der von diesem Unrecht betroffenen Kolleginnen und Kollegen solidarisch und unterstützt uneingeschränkt alle Bemühungen, hier Abhilfe zu schaffen. ■



Kurt Kumhofer



Gerhard Frcena



Christine Boller

Kurt Kumhofer, Christine Boller, Gerhard Frcena

da capo al fine



Andreas Gjecaj
FCG-Generalsekretär

Es reicht!

Jetzt ist es auch schon 14 Jahre her, seit sich der damalige Vizekanzler und ÖVP-Bundesparteiobmann Willi Molterer mit den legendären Worten: „Es reicht!" für sofortige Neuwahlen aussprach. Im Jahr 2022 gilt dieser Ausruf sowohl für uns in Österreich und in der EU, wo wir nach zwei Jahren der weltweiten Corona-Pandemie immer tiefer in einen Strudel aus Empörung und Erschöpfung hineingezogen wirken, wie auch für Russland, welches mit kriegerischen Mitteln in die Ukraine einmarschiert ist. Waffengewalt darf im 21. Jahrhundert keine Lösung sein – es reicht!

Wieder einmal werden wir durch diese Ereignisse und Zustände daran erinnert, wie dünn und verletzlich die Demokratie ist, obwohl sie uns nach der über 75-jährigen Friedensperiode in den EU-Mitgliedsländern fast selbstverständlich erschienen war. Neben der Bedrohung von außen – wo durch brutale Kriegsführung, das „Recht des Stärkeren" durchgesetzt werden soll – wird unsere Demokratie auch durch falsche Grundhaltungen bedroht. Der Philosoph Konrad Paul Liessmann schreibt dazu sehr erhellend: „Offenbar sollen die ideologischen Positionen von exklusiven Gruppen, die sich keiner Wahl stellen wollen, weil sie sich für erwählt halten, die Gesellschaft dominieren. Die inflationäre Moralisierung politischer Inhalte ist ein Beispiel dafür. Geht es um das Gute, muss man nicht lange diskutieren, schon gar nicht kann man darüber abstimmen lassen. Anstatt sich für seine Konzepte – sei es in Sachen Klimawandel, sei es in gesellschafts- oder sprachpolitischen Fragen – Mehrheiten zu suchen, genügt es, mit Hilfe von Medien, Netzwerken und Aktionen aller Art die eigenen Wertvorstellungen durchzusetzen." Und er zieht daraus den Schluss: „Mehrheiten können irren. Das bedeutet aber nicht, dass Minderheiten deshalb schon im Besitz der Wahrheit wären!"

Es ist durchaus bedenkenswert, dass Demokratien nicht nur durch Kriege und Uniformträger bedroht werden, sondern auch durch Menschen, die mit der Aufschrift: „Wir sind die Guten!" bei Demos mitmarschieren. Denn was sind dann jene, die eine andere Meinung haben? Es reicht! ■

FCG Post: Wir haben viel erreicht, aber es gibt noch viel zu tun!

WÄHREND SICH UNSER MITBEWERBER SEIT VIELEN JAHREN mit all seiner Kraft bemüht, der FCG zu schaden, haben wir es vorgezogen, für Verbesserungen für die Kolleg*innenschaft, sei es bei der Politik oder im Unternehmen, zu kämpfen.



Und das von der FCG Erreichte kann sich sehen lassen:

- Familienbonus plus (samt Erhöhung)
- Energiebonus
- Steuerfreie Auszahlung von der Unternehmensbeteiligung (sollten heuer für Postler € 1.000 netto möglich sein)
- Sonderprämien für 450 besonders einsatzwillige Kolleg*innen bis € 1.000,–
- Kostenübernahme der C-95 Ausbildung (LKW)
- Endlich Paketstückgeld auch für alle KV-Neu Mitarbeiter*innen der Post
- Erhöhung der Essensbons von € 44,– auf € 80,– steuerfrei und das fünfmal jährlich

Aber all das kann darüber nicht hinwegtäuschen, dass die Post mittlerweile bis zu € 800,– bezahlt, wenn eine Kollegin oder ein Kollege eine neue Mitarbeiterin bzw. einen neuen Mitarbeiter wirbt. Früher gab es unendlich lange Warteschlangen von Aufnahmewerber*innen. Es gilt also noch viel zu verbessern. Daher haben wir unser FCG Post Team mit Frauenpower verstärkt. Eveline Ernst-Reith hat ab sofort das Zepter der FCG in Salzburg übernommen. Herzlich willkommen liebe Eveline! ■

Die Lehrlingsacademy – das Ausbildungsprogramm speziell für Lehrlinge

DIE FCG JUGEND STARTET GEMEINSAM MIT DER SCHÜLERUNION EINE EXKLUSIVE WEITERBILDUNGSOFFENSIVE SPEZIELL FÜR LEHRLINGE.

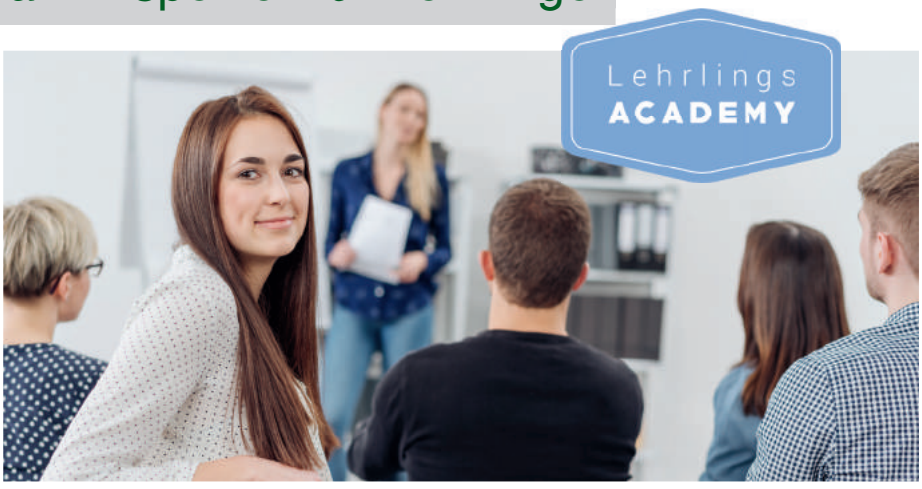


Foto: © contrastwerkstatt

Zwischen zehn und 15 Lehrlinge werden die Chance bekommen, diese Fortbildung zu absolvieren. Einmal im Jahr an zwei oder drei Wochenenden lernen die Teilnehmer*innen alles über die Gewerkschaft, den Aufbau und die Gründung eines Jugendvertrauensrates und die Wichtigkeit des Engagements im Betrieb.

Weiterer Fokus wird auf die Soft Skills gelegt, weil diese in der heutigen Arbeitswelt der Schlüssel zu einer erfolgreichen Karriere sind. Der FCG Jugend ist es sehr wichtig, dass die Lehrlinge ihre ersten Kontakte mit Expert*innen aus der Gewerkschaft und der Politik knüpfen, sodass sie in Zukunft keine Berührungsängste haben. ■

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Zentralverband der christlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Österreichs I Adressverwaltung: FCG-Organisationsbüro, Tel.: 01/401 43-300, E-Mail: borgref@fcg.at I Beide: 1080 Wien, Laudongasse 16 I Web: www.fcg.at I ZVR-Zahl: 938 560 454 I Chefredaktion: Mag. Denis Strieder I Fotos: Wenn nicht anders angegeben: FCG, beigestellt.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:
www.fcg.at/impressum

Gesundheit und Pflege: „Es ist 15 nach 12!“

DIE STEIRISCHEN GEWERKSCHAFTER*-INNEN MACHEN GEMEINSAM mit den verschiedenen Gewerkschaften des ÖGB mit öffentlichkeitswirksamer Aktion auf die schwierige Lage in der Pflege im Gesundheitswesen aufmerksam.

„Es wird immer schlimmer, es ist nicht 5 vor 12, es ist nicht 5 nach 12, mittlerweile ist es 15 nach 12“, wie es den Beschäftigten in Gesundheit und Pflege mittlerweile geht, sprechen BRV Thomas Kammerhofer (LKH Bruck), BRV Josef Schneidhofer (LKH Mürzzuschlag) und BRV Gernot Wallner (LKH Leoben) die ungelösten Probleme in Gesundheitsberufen an. Die Gewerkschaften GÖD, GPA, Vida, und Younion bildeten am 15.12.2021 um 12:15 Uhr auf der Wiener Straße in Bruck an der Mur eine lebende Plakatstraße, um diese Probleme aufzuzeigen und die Politik zu sofortigem Handeln aufzufordern. An erster Stelle ist die Entlastung des vorhandenen Personals durch eine Personal-Aufstockung notwendig; sehr laut ist auch der Ruf nach geregelten Arbeitszeiten. Die Aktion „5 nach 12“ wurde an allen LKH Standorten am 24. Februar 2022 mit großer Beteiligung wiederholt.



FCG Forderungsprogramm für Gesundheitsberufe, vlnr.: Franz Gosch, Peter Amreich, Thomas Kammerhofer, Gernot Wallner, Rene Heinrich und Josef Schneidhofer.

Diese Pandemie hat schon länger bekannte Problemfelder noch schneller an die Oberfläche befördert. Auch die Pensionierungswelle der starken Jahrgänge wird in den nächsten Monaten einsetzen und die Roadmap 2020, die durch die Offensive Gesundheit erarbeitet wurde, gehört unmittelbar umgesetzt.

Bereits nach der ersten Protestaktion im Herbst 2021 hat das Gesundheitsministerium als ersten Schritt 700 Millionen Euro Soforthilfe angekündigt. Das ist aber für eine nachhaltige und umfassende Gesundheits- und Pflegereform zu wenig! Es werden unverzüglich Taten statt neue Versprechungen gefordert!

„Wir haben nicht nur eine Verantwortung unseren Kollegen*innen gegenüber, sondern auch einen gesamtgesellschaftlichen Versorgungsauftrag, und den können wir unter diesen Rahmenbedingungen nicht mehr erfüllen. An unserer Aktion in Bruck beteiligten sich unter anderem das LKH Hochsteiermark sowie das LKH und das LPZ Mürzzuschlag, die Volkshilfe und der Sozialhilfeverband Bruck-Mürzzuschlag. ■

Der Weg zur Arbeit geht ins Geld

FCG UND PENDLERINITIATIVE FORDERN TREIBSTOFFOBERGRENZE.

Nach einem Preistief zu Beginn der Pandemie haben die Spritpreise wieder stark angezogen; zudem kommt ab Juli 2022 die CO_2-Steuer dazu. Vor allem für Pendlerinnen und Pendler sei das bald unleistbar, kritisiert die Pendlerinitiative.

Tankfüllungen schmerzen im Moment extrem in der Geldbörse: Während im Mai 2020 der durchschnittliche Dieselpreis bei 98 Cent lag, sind es jetzt schon um die 1,50 Euro. Für Pendler*innen bedeute das eine enorme finanzielle Belastung, sagt Franz Gosch, Obmann der Steirischen Pendlerinitiative:



Nachdrückliche Forderung vom Gf. LV Peter Amreich und Pendlerobmann Österreich Franz Gosch

„Alleine von Dezember 2020 bis Dezember 2021 haben wir bei Benzin 30 Prozent Preissteigerung und bei Diesel sogar knapp 35 Prozent. Und es gibt in der Steiermark Pendlerinnen und Pendler, die bereits ein Drittel ihres Einkommens für den Weg zur Arbeit zurücklegen müssen.“ Denn viele Pendler*innen hätten in verschiedenen Orten „einfach zu wenig Anbindung an das öffentliche Verkehrsmittel“, so Gosch. Die geplante Ökosteuer auf Treibstoff dürfte die Situation noch weiter verschärfen.

Diese Sorge teilt auch Peter Amreich, GF Vorsitzender der FCG Steiermark. „Wir denken, dass es notwendig sein wird, wenn das so weiter geht, dass es eine Treibstoffobergrenze gibt, ab der die Steuer nicht mehr steigt. Hier ist natürlich Vater Staat gefordert“, so Amreich. Zudem sei das Pendler*innenpauschale seit 2014 nicht mehr angepasst worden, kritisiert Amreich – „hier arbeiten wir an einem verbesserten Modell.“ ■

Regionalkonferenzen 2022

Starker Auftritt der FCG in den Regionen

AUCH IN DEN STEIRISCHEN BEZIRKEN FORMIERTE SICH DIE CHRISTLICHE GEWERKSCHAFT NEU. In den nunmehr acht ÖGB-Regionen wurden mit starker Beteiligung von Betriebsrät*innen und Personalvertreter*innen jeweils neue Vorstände für die Periode 2022-2027 gewählt. Anlässlich der FCG-Regionalkonferenzen fanden in der Steiermark pandemiebedingt nur vereinzelt Betriebs- und Dienststellenbesuche von FCG-Vorsitzenden Franz Gosch, Gf. Landesvorsitzenden Peter Amreich, FCG-Landessekretär Renè Heinrich, ÖGB Vors.Stv. Franz Haberl sowie FCG-GPA Fraktionssekretär Helmut Krivec statt. Die Medien in den Regionen berichteten verstärkt über die FCG-Aktivitäten. Mit den Regionalvorständen wurden auch die Vorsitzenden neu gewählt bzw. wiederbestellt.

Neue Vorsitzende in den Regionen:

Heinz Heinzl (Graz), **Gerhard Wechtitsch** (Obersteiermark Nord), **Gernot Wallner** (Obersteiermark Ost), **Christian Diatel** (Obersteiermark West), **Michael Gruber** (Oststeiermark), **Johann Hartinger** (Südoststeiermark), **Anna Maria Windisch** (Südweststeiermark), **Peter Kirchengast** (Zentralraum) ■



Gf. LV Peter Amreich, LV Franz Gosch mit RV für den Zentralraum Peter Kirchengast und LS Rene Heinrich



LV Franz Gosch, Gf.LV Peter Amreich mit der Frauenreferentin Johanna Fabian und dem RV in der Obersteiermark Ost Gernot Wallner sowie LS Rene Heinrich

Die Vorsitzenden der Regionalvorstände im Überblick

	Zentralraum
Vorsitz	Peter Kirchengast
Stv. Vors.	Andreas Eisner
Stv. Vors.	Herbert Erhart
Stv. Vors.	Manfred Freidl
Stv. Vors.	Christian Kleppernik
Stv. Vors.	Wolfgang Maier
Stv. Vors.	Bettina Münzer

	Graz
Vorsitz	Heinz Hainzl
Stv. Vors.	Karin Fechter
Stv. Vors.	Alexander Hofmeister
Stv. Vors.	Ursula Kapp
Stv. Vors.	Guido Mauerhofer
Stv. Vors.	Martin Pieler
Stv. Vors.	Walter Semlitsch

	Südoststeiermark
Vorsitz	Johann Hartinger
Stv. Vors.	Herbert Graßmugg
Stv. Vors.	Monika Rappold
Stv. Vors.	Robert Rauch
Stv. Vors.	Gerald Sapper

	Obersteiermark West
Vorsitz	Christian Diatel
Stv. Vors.	Andrea Fößl
Stv. Vors.	Mario Leitner
Stv. Vors.	Ewald Ofner
Stv. Vors.	Christian Schmidt-Puffing
Stv. Vors.	Barbara Schwarz

	Südweststeiermark
Vorsitz	Anna Maria Windisch
Stv. Vors.	Werner Strohmeier
Stv. Vors.	Edith Rainer
Stv. Vors.	August Jöbstl
Stv. Vors.	Gerald Brandstätter
Stv. Vors.	Christian Masser

	Obersteiermark Nord
Vorsitz	Gerhard Wechtitsch
Stv. Vors.	Willibald Ahrer
Stv. Vors.	Andreas Lemmerer
Stv. Vors.	Heimo Maringer
Stv. Vors.	Christa-Maria Pospischil
Stv. Vors.	Walter Ritt
Stv. Vors.	Raimund Sulzbacher

	Oststeiermark
Vorsitz	Michael Gruber
Stv. Vors.	Franz Fasch
Stv. Vors.	Karl Kaplan
Stv. Vors.	Reinhard Lang
Stv. Vors.	Ferdinand Reiner
Stv. Vors.	Astrid Scheuchl
Stv. Vors.	Gerald Weber

	Obersteiermark Ost
Vorsitz	Gernot Wallner
Stv. Vors.	Wolfgang Fleck
Stv. Vors.	Roland Graf
Stv. Vors.	Gerd Hornbacher
Stv. Vors.	Thomas Kammerhofer
Stv. Vors.	Christa Köberl
Stv. Vors.	Bettina Wipfler-Felfer



RV Oststeiermark Michael Gruber (6. vl.) mit seinem neugewählten Team



RV Heinz Hainzl und LS Rene Heinrich moderierten die Regionalkonferenz Graz



LV Franz Gosch mit neuer RV in der Südweststeiermark Anna Maria Windisch, Gf. LV Peter Amreich, LS Rene Heinrich sowie ÖGB LVStV. Franz Haberl



Regionalvorstand Obersteiermark West mit neuem RV Christian Diatel (3. vl.) und zahlreichen Ehrengästen



Region Obersteiermark Nord vlnr. LS Rene Heinrich, RV Gerhard Wechtitsch, RVStv. Christa Maria Pospischil, Gf. LV Peter Amreich und LV Franz Gosch

Betriebsratswahlen am LKH-Weststeiermark Standort Deutschlandsberg

DAS TEAM UM BRV EDITH RAINER an der Spitze hat bei den Betriebsratswahlen am LKH-Weststeiermark Standort Deutschlandsberg alle acht möglichen Mandate erringen können. Mit einer Wahlbeteiligung von weit über 70 Prozent geht die BRV Edith Rainer mit ihrem Team gestärkt in die nächste Betriebsratsperiode.

Die FCG Steiermark gratuliert zu diesem großartigen Wahlerfolg! ■



BRV Edith Rainer mit Landessekretär Rene Heinrich freuen sich über den Wahlerfolg

Neue Regionalsekretärin ab 1.2.2022 in der GPA Steiermark

MIT 1.2.2022 KAM ES ZU EINER PERSONELLEN AUFSTOCKUNG IN DER GPA. Anja Klug ist im Herbst 2021 in Karenz gegangen und als neue Regionalsekretärin für den Finance-Bereich ist Ulli Zambelli in die GPA-FCG-Familie aufgenommen worden.

Ich war in den letzten 19 Jahren als Firmenkundenbetreuerin in der BKS Bank in Graz tätig. Seit 2013 war ich Betriebsrätin und seit 2014 Betriebsratsvorsitzende. Mit der GPA verbinde ich Menschen, wie vor allem Franz Gosch und Anja Klug, welche mir bei meinen Betriebsratsagenden immer mit Rat und Tat zur Seite standen. Nun habe ich die Möglichkeit, dies an unsere Betriebsrät*innen und Mitglieder zurückzugeben. Da ich selbst aus dem Bankenbereich komme glaube ich, die Probleme und Bedürfnisse dieser Branche zu kennen und werde die Betriebsrät*innen und Mitglieder voll unterstützen. Ich bin 49 Jahre, verheiratet und habe eine 16-jährige Tochter. Wir wohnen in Graz und mein Hobby ist unser Islandpferd Arion, welches ich mit meiner Tochter gemeinsam betreue. ■



Ulrike Zambelli
FCG-GPA Regionalsekretärin

FCG Landesjugendkonferenz Steiermark

DIE LANDESJUGENDKONFERENZ IST DAS HÖCHSTE ORGAN DER FCG im Bundesland und beschließt die personelle und inhaltliche Ausrichtung für die nächsten zwei Jahre. Bei der im ÖGB Graz stattgefundenen FCG Landesjugendkonferenz wurde folgendes Präsidium für die nächste Periode einstimmig gewählt:

Landesjugendvorsitzender:
Marcel Mikysek
Stellvertreter*innen:
Raffaela Brass, Sarika Duller, Gilmar Gatternig, Daniel Gosch

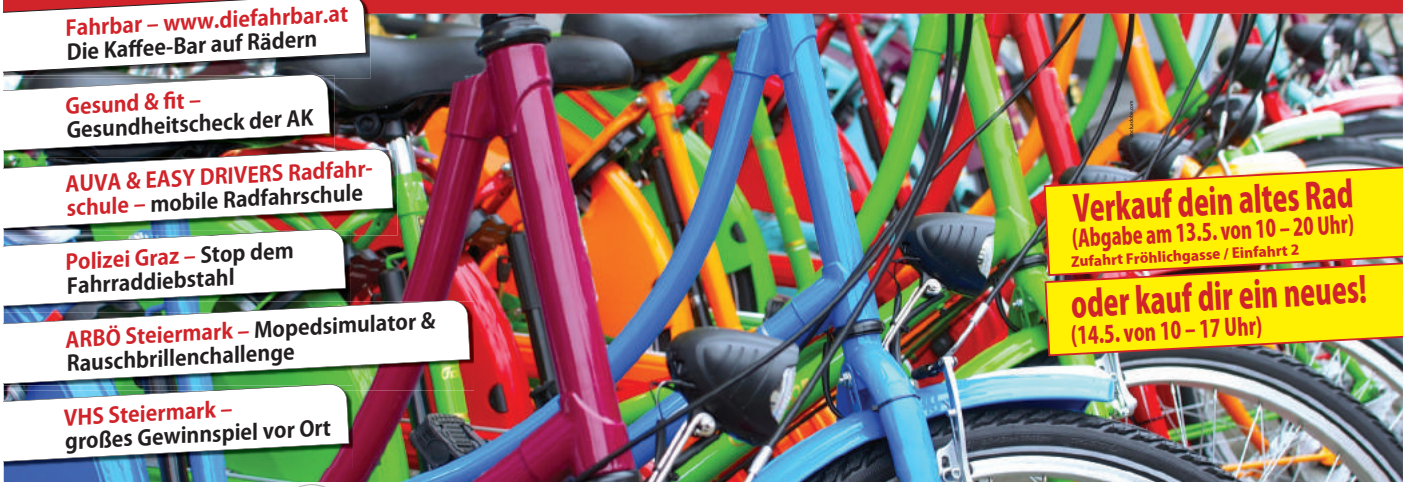


Marcel Mikysek
FCG Landesjugendvorsitzender

younion Die Dosseinsgewerkschaft
Volkshochschule Steiermark
AK www.akstmk.at

AK-Fahrradbörse 2022
Grazer Messe / Freilufthalle B
Freitag, 13. Mai & Samstag, 14. Mai

Fahrbar – www.diefahrbar.at Die Kaffee-Bar auf Rädern
Gesund & fit – Gesundheitscheck der AK
AUVA & EASY DRIVERS Radfahrschule – mobile Radfahrschule
Polizei Graz – Stop dem Fahrraddiebstahl
ARBÖ Steiermark – Mopedsimulator & Rauschbrillenchallenge
VHS Steiermark – großes Gewinnspiel vor Ort



DIEFAHRBAR ARBÖ POLIZEI Gesund & fit betriebssport AUVA EASY DRIVERS RADFAHRSCHULE

Es dürfen nur Fahrräder von Privatpersonen (ohne kommerziellen Zweck) angenommen werden.
Pro Person werden nur 5 Fahrräder angenommen. Informationen: www.akstmk.at/rad

Die verdrängten Parkpickerlsorgen

Fritz Pöltl: „Arbeitnehmer*innen müssen einen hohen Mehraufwand auf sich nehmen, um zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen!“



Foto: ©Adobe Stock - Kara

„Wir brauchen kein Parkpickerl“, haben die SP-Bezirkschefs der Bezirke Floridsdorf und Donaustadt noch vor einigen Monaten vollmundig und lautstark ihren Wählerinnen und Wählern verkündet. Dass im März nun doch für die rund 270.000 Bezirksbewohner*innen von Transdanubium das Parkpickerl eingeführt wird, entlarvt einmal mehr die inhaltslosen Polit-Versprechen der SPÖ, wie Fritz Pöltl und Thomas Rasch von der FCG-ÖAAB-Fraktion der Wiener Arbeiterkammer festhalten.

Massive Kritik

„Georg Papai und Ernst Nevrivy sind wieder politisch umgefallen und sorgen damit einmal mehr dafür, dass die Arbeitnehmer*innen in den Bezirken einen hohen Mehraufwand auf sich nehmen müssen, um zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen. Immer noch fehlt nämlich in den großen Flächenbezirken eine ausreichende Infrastruktur mit öffentlichen Verkehrsmitteln“, kritisieren Fritz Pöltl und Thomas Rasch scharf. Entschuldigt werde die „böse Tat“ zwar mit der Vereinheitlichung der Pickerlbedingungen in ganz Wien, tatsächlich geht es aber um viele Millionen Mehreinnahmen, für welche einmal mehr die Autofahrer*innen zur Kasse gebeten werden.

170 Euro und falsche Versprechungen

Verärgert sind nun auch tausende Antragsteller*innen über die hohen Kosten für das Pickerl. Hieß es doch in der Werbung, dass man dann um 10 Euro im Monat im ganzen Bezirk parken kann. Bei der Antragstellung stellt sich nun aber heraus, dass das Pickerl satt 120 Euro wesentlich mehr kostet, weil eine Verwaltungsabgabe und eine Gebühr nach dem Gebührengesetz noch extra hinzukommen. Bei persönlich gestellten Anträgen beträgt die Verwaltungsabgabe 50 Euro. Der Gesamtpreis steigt somit auf stolze 170 Euro. „Wofür zahlt man dann überhaupt die 120 Euro?“, fragt sich Fritz Pöltl und Thomas Rasch ergänzt: „Von einer Überparkung kann in weiten Teilen der beiden Bezirke nämlich überhaupt keine Rede sein. Dies wäre aber nach dem Gesetz für eine Einführung eines Parkpickerls eine zwingende Voraussetzung!“



Fritz Pöltl
FCG-Wien-Landesgeschäftsführer

Unüberlegter Beschluss

Hinzu kommen noch weitere Unzulänglichkeiten, die im Pickerlbeschluss des Rathauses keine Beachtung fanden und vom Bezirk völlig ignoriert worden sind. So sind etwa viele Floridsdorfer Arbeitnehmer*innen in der Donaustadt beschäftigt und umgekehrt. Öffentliche Verkehrsmittel sind hier Mangelware. Die Betroffenen dürfen nun aber trotz eines teuren Parkpickerls nur in ihrem Wohnbezirk das Fahrzeug abstellen. An ihrem Arbeitsplatz dürfen sie ein Kfz dann aber nicht länger als zwei Stunden abstellen und müssen dafür sogar noch 4,40 Euro bezahlten oder einen sündteuren Garagenplatz anmieten. Völlig vergessen hat man auch auf die Landarbeiter*innen in den Gärtnereibetrieben: Zu den Feldern fährt kein Bus und keine U-Bahn. Ihre Fahrzeuge dürfen sie aber nicht hier abstellen. Dasselbe gilt auch für zahlreiche Arbeitsmaschinen, für die nun aufwändig um Ausnahmegenehmigungen angesucht werden muss. „Auf all diese Betroffenen haben Papai und Nevrivy aber einfach vergessen. Sie sehen offenbar nur die sprudelnden Einnahmen aus dem Parkpickerl- und Parkscheinverkauf, welche zuletzt bereits über 190 Millionen Euro ausgemacht haben. Die Einnahmen sollten übrigens zum Ausbau der Öffis verwendet werden, die man hier aber ab 1. März so dringend gebraucht hätte“, halten Fritz Pöltl und Thomas Rasch fest. ■

Höchste Teuerung seit 38 Jahren kann

Fritz Pöltl: „Es ist angebracht, die Erhöhung der Richtwertmieten erneut auszusetzen! Aber auch die Stadt Wien muss auf Gebührenerhöhungen heuer weitestgehend verzichten!“

Mit 5,1 Prozent erreichte die Inflation im Jänner den höchsten Wert seit 1984. „Die dramatische Teuerung erfordert von allen Verantwortlichen, rasch Maßnahmen zu setzen, um den Menschen in Österreich ihr Leben wieder leistbar zu machen“, erklärt dazu Fritz Pöltl, FCG-ÖAAB-Fraktionsvorsitzender der AK-Wien. Die dramatische Erhöhung der Energiekosten (um 24-44 Prozent im Vergleich zum Vorjahr) habe bereits auf fast alle Konsumgüter durchgeschlagen und den „täglichen Warenkorb“ über Nacht um satte 15 Prozent verteuert. Im April drohen nun auch noch die Mietpreise anzuziehen, weil die nächste Anpassung von Richtwertmieten ins Haus steht. „Das trifft viele Haushalte, am stärksten aber jene, die nur wenig Geld zur Verfügung haben“, wie der Christgewerkschafter warnend schildert.



Fritz Pöltl
FCG-Wien-Landesgeschäftsführer

Erhöhung aussetzen

Fritz Pöltl: „Es ist daher angebracht, die Erhöhung erneut auszusetzen!“ Die letzte Indexanpassung der Richtwert- und Kategoriemieten wurde im Vorjahr ja coronabedingt auf 2022 verschoben. Weil aber weder das Corona-Virus eingedämmt werden konnte, noch die Energiepreise gestoppt wurden (immerhin ist hier der Bund über die diversen Steuern Hauptnutznießer), wird nun eine weitere Verschiebung der Richtwert-Anpassung

Parkpickerl bedroht nun auch Kindergärten

Fritz Pöltl: „Wer wichtige Ausnahmen nicht akzeptiert, geht an den Bedürfnissen der jungen Familien vorbei!“

Das flächendeckende Parkpickerl in Wien stellt einige Berufsgruppen vor schier unlösbare Probleme. Auch wenn es diesmal nur um die Kleinsten der Gesellschaft geht. Zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der privaten Organisationen von „KIWI- Kinder in Wien“ und der St. Nikolausstiftung (Pfarrkindergärten) sind nämlich vor dem Absprung aus ihrem Job, weil sie kein Parkpickerl bekommen.

Hunderte Betroffene

In den Einrichtungen werden derzeit 13.116 Kinder von 2.700 Mitarbeiter*innen betreut. Die Betroffene weisen nun darauf hin, dass es für viele der täglich nach Wien einpendelnden Personen verkehrstechnisch unmöglich ist, auf ihr Auto zu verzichten. Eine Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln aus den oft weit entfernten Orten in Niederösterreich, dem Burgenland und teilweise der Steiermark würde sogar mehrere Stunden in Anspruch nehmen. Bisher hat man auch oft in benachbarten pickerlfreien Bezirken geparkt, um dann in Wien mit Öffis zum Arbeitsplatz zu gelangen. Das ist nun aber unmöglich!

Ausnahmen gefordert

Es werden deshalb Ausnahmeregelungen auch für systemrelevante Berufe in elementarpädagogischen Einrichtungen gefordert. Sie sollten auch ohne einen Hauptwohnsitz in Wien ein Parkpickerl beantragen können, wenn eine öffentliche Anreise unzumutbar wäre. Fritz Pöltl, FCG-ÖAAB-Fraktionsvorsitzender in der Wiener Arbeiterkammer, unterstützt die Forderung der Betriebsrät*innen: „Wenn die zuständige Politikerin Ulli Sima das nicht einsieht, geht sie an den Bedürfnissen der jungen Familien in unserer Stadt vorbei!“

Kündigungen drohen

Die Corona-Pandemie zu meistern und den Betrieb in den Kindergärten und Horten aufrecht zu erhalten erfordert seit knapp zwei Jahren alle Kräfte, wie die Personalvertreterin von KIWI erklärt. Der drohende Verlust von weiteren Mitarbeitenden aufgrund des Parkpickerls wird den Fachkräftemangel nun aber noch weiter verschärfen. Fritz Pöltl: „Es darf zu keiner Kündigungswelle in den Kindergärten kommen, nur weil das ohnehin umstrittene Parkpickerl ohne Rücksicht auf notwendige Ausnahmen einfach brutal durchgezogen wird. Es werden über das flächendeckende Parkpickerl auch mit dieser Ausnahme noch genügend Millionen in die leeren Stadtkassen gespült werden.“ ■

nicht ohne Folgen bleiben!

gefordert. Fritz Pöltl ergänzt seine Forderung mit einem dramatischen Appell: „Auch die Stadt Wien muss endlich einen Beitrag zur Bekämpfung der Corona-Folgen leisten und auf Gebührenerhöhungen heuer weitestgehend verzichten. Zum Wohl der Wienerinnen und Wiener!“

Kilometergeld

Der Anstieg der Treibstoffpreise im Jänner 2022 trieb die Teuerung weiter an. Die Konsumentinnen und Konsumenten mussten im Jänner im Schnitt um 28,6 Prozent mehr bezahlen. Im Dezember lag die Teuerung bei 25,9 Prozent. Im Schnitt war Kraftstoff im ersten Monat des Jahres 2022 aber schon um rund 30 Prozent teurer als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Damit bleiben die Spritpreise ein wesentlicher Treiber für die Inflation. Durchschnittspreise im Jänner:



Foto: ©Adobe Stock - MG

Super 1,415 Euro/Liter, Diesel 1,404 Euro/Liter. Ein historischer Vergleich: 1994 kostete Benzin 0,71 Euro, also fast exakt die Hälfte von heute! ■

Nur eine Ausnahme von der Sonntagsruhe

Fritz Pöltl und Thomas Rasch: „Wir unterstützen die Anliegen der Handelsangestellten nach der Einhaltung einer generellen Sonntagsruhe!"

Dass am Sonntag, dem 19. Dezember, nach dem vierwöchigen Lockdown in Wien die Geschäfte offen halten dürfen, stellt eine Ausnahme-Regelung dar, welche wegen der vorweihnachtlichen Schließungen infolge der Pandemie notwendig geworden ist. Um den schwer geschädigten Handelsbetrieben die Weihnachtsumsätze wenigstens noch zum Teil zu sichern und den Kund*innen die Besorgung von Geschenken zu ermöglichen, haben sich die Sozialpartner auf einen Sonder-Kollektivvertrag geeinigt. Fritz Pöltl, Fraktionsobmann von FCG und ÖAAB in der Arbeiterkammer Wien: „Wieder einmal beweist die Gewerkschaft Weitsicht und Unterstützung in schwierigen Zeiten. Für uns ist und bleibt dies freilich nur eine Ausnahme. Eine generelle Sonntagsöffnung kommt für uns nicht in Frage, denn der Sonntag wird für uns und die Familien selbstverständlich heilig bleiben.“

Entlohnung

Für die Beschäftigten ist die Tätigkeit an diesem Verkaufssonntag freiwillig. Wenn sie sich weigern zu arbeiten, dürfen sie nicht benachteiligt werden. Lehrlinge sind jedenfalls von der Beschäftigung am 19.12.2021 ausgenommen. Die Verkaufsstellen dürfen am 19. Dezember übrigens nur von 10 bis 18 Uhr offenhalten. Zusätzlich zur Vergütung der Normalstunden muss ein Zuschlag von 100 Prozent bezahlt sowie ein Ersatzruhetag gewährt werden.

Geringe Nachfrage

„Sonntagsarbeit wird von den Handelsangestellten und ihren Familien mit einer deutlichen Mehrheit abgelehnt. Und auch unter den möglichen Kund*innen dürfte der Sonntageinkauf nicht besonders beliebt sein“, wie der Wiener FCG-Vorsitzende Thomas Rasch erklärt. Wie eine aktuelle KURIER-Leser*innenumfrage zeigt, wollen nämlich nur 11 Prozent der Befragten am 4. Adventsonntag tatsächlich auch einkaufen gehen. "89 Prozent der Befragten wollen den Sonntag wie gewohnt mit der Familie verbringen", freut sich Thomas Rasch für die Handelsangestellten. ■

Lobautunnel entlastet stau- und abgasbelastete Bevölkerung

FRITZ PÖLTL: „DIE GRÜNEN BETREIBEN HIER KINDESWEGLEGUNG. ES WAR IHR EIGENES PROJEKT!

Einen verbalen Schlagabtausch mit den Wiener Grünen bescherte kurz vor Weihnachten der Sonderlandtag zum Thema Lobautunnel. Der von den Grünen verlangte „Weihnachtsfrieden" rund um den verkehrstechnischen Amoklauf der Grünen Ministerin Leonore Gewessler und den damit seither verbundenen illegalen Besetzungen der Baustelle, ist keineswegs zum Greifen nahe, meint Fritz Pöltl, Vorsitzender der FCG-ÖAAB-Fraktion in der Wiener Arbeiterkammer: „Das, was hier derzeit geboten wird, ist ein brutaler Schlag ins Gesicht der vielen staugeplagten Berufspendler*innen in der gesamten Ostregion. Die Grünen betreiben hier Kindesweglegung. Es war ihr eigenes Projekt. In der Seestadt etwa sind von den damaligen grünen Planungsstadträt*innen 20.000 Wohnungen für 60.000 Menschen geplant worden. Ohne die Aufschließung durch die geplante Stadtstraße würden die Seestadtbewohner*innen künftig über die Äcker wandern oder auf Feldwegen zur Arbeit radeln müssen!"

Jugend-Demos

Einen besonderen Streitpunkt in den Reden der Gemeinderät*innen stellten die illegalen Besetzungen der Baustelle durch jugendliche Aktivistinnen und Aktivisten dar. „Die jungen Menschen werden offenbar von Berufsdemonstrant*innen instrumentalisiert", meint der Wiener FCG-Vorsitzende Thomas Rasch, der wegen der Lobautunnel-Entscheidung der Ministerin Gewessler bereits Unfähigkeit vorgeworfen und sie zum sofortigen Rücktritt aufgefordert hat. Er erinnert die Jugendlichen auch an die Aussage der erst 27-jährigen Claudia Plakom, der Staatssekretärin für Jugend und Familie in der türkis-grünen Bundesregierung. Sie hält den Lobautunnel für „unverzichtbar". Fritz Pöltl: „Tagtäglich stehen 100.000 Menschen in der Donaustadt im Stau oder leiden unter Lärm und Feinstaubbelastung. Der Bau des unter massiver Beteiligung der Grünen extrem umweltverträglich geplanten Lobautunnels ist also unumgänglich!"



Thomas Rasch
FCG-Wien-Landesvorsitzender

Besetzung als Menschenrecht?

Dass bei der Diskussion im Landtag von den Grün-Abgeordneten verbale Politschlachten mit völlig falschen Behauptungen (vierspurige Autobahn, Abgashölle und viele vorhandene Mobilitäts-Alternativen) geliefert wurden und Maßnahmen gegen die illegalen Besetzer als „Menschenrechtsverletzung" dargestellt werden, stellt nebenbei der Demokratiefähigkeit der Grünen im Wiener Landtag kein gutes Zeugnis aus, beklagten Fritz Pöltl und Thomas Rasch unisono. ■

„ARWAG-Verkauf muss verhindert werden!"

FRITZ PÖLTL: „STADT WIEN IST OFFENBAR DABEI, IHR FAMILIENSILBER ENDGÜLTIG ZU VERSCHERBELN!"

Dass die sozialdemokratisch geführte Wien Holding beabsichtigt, 26 Prozent des Wohnbauträgers ARWAG an einen privaten Investor zu verkaufen, lässt bei der FCG-ÖAAB-Fraktion der Wiener Arbeiterkammer die Alarmglocken in voller Lautstärke schrillen. Fraktionsvorsitzender Fritz Pöltl: „Die ARWAG widmete sich in der Vergangenheit der Schaffung von leistbaren Wohnungen; großzügig gefördert durch die Stadt Wien. Da mit der Verwaltung von zum größten Teil geförderten Wohnungen zuletzt aber 30 Millionen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erwirtschaftet wurden, sollen nun offenbar auch private Günstlinge daran verdienen!" Als möglicher Anteilskäufer scheint nämlich der Filmproduzent und Immobilien-Investor Klemens Hallmann auf."

Reich geworden mit Wohnungen

Heftig kritisiert wird der geplante Verkauf auch, weil der frühere SPÖ-Kulturminister und spätere SPÖ-Bundesgeschäftsführer Thomas Drozda seit April im ARWAG-Vorstand tätig ist. Pöltl: „Thomas Drozda hat vielleicht als Geschäftsführer der Vereinigten Bühnen und als Direktor des Burgtheaters von Kultur eine gewisse Ahnung, im Wohnbaubereich fehlt mir allerdings seine Expertise völlig!"

Erst aufgestockt, jetzt abgestoßen

Gänzlich absurd wird der geplante Verkauf auch, weil noch vor einem Jahr der Anteil der Stadt am Wohnbauträger ARWAG sündteuer von 28 auf 63 Prozent aufgestockt wurde. Dass die Nachricht vom Verkauf der Anteile des Wohnbauträgers auch für Pendler*innen und Migrant*innen einen Schock bedeutet, liegt auf der Hand. Fritz Pöltl: „Eine Tochter der ARWAG ist nämlich die MIGRA, die für Migrant*innen und Einpendler*innen aus den Bundesländern leistbaren Wohnraum zur Verfügung stellen soll. Ob dies die privaten Miteigentümer*innen nun auch so sehen, ist mehr als fraglich. Die Stadt Wien ist offenbar dabei, ihr Familiensilber endgültig zu verscherbeln!" ■

Die FCG Post stellt sich vor

DER FCG PERSONALAUSSCHUSS WIEN, NÖ UND BGLD. vertritt die Interessen von 9500 Postlerinnen und Postler. Davon ca. 3200 Mitarbeiter*innen in Niederösterreich. Den Vorsitz führt seit über 10 Jahren Andreas Soretz. Unterstützt wird er in den verschiedenen Gebieten von drei weiteren Kollegen im Personalausschuss. Als Stellvertreter agiert Andreas Bortolotti, weiters Christian Franz und Egon Grüner. In den zwei Großbereichen Niederösterreich-West und Niederösterreich-Ost sind noch Koll. Manfred Hilmbauer-Hofmarcher und Koll. Markus Waldhauser tätig. In den Dienststellen vor Ort sind noch einmal ca. 70 FCG Mitarbeiter*innen für die Anliegen der Postler*innen zuständig, die diese Aufgabe neben ihrem täglichen Dienst ehrenamtlich verrichten. Ihnen gilt ein besonderer Dank, denn sie sind das Netzwerk der schnellen Informationen und der Hilfe vor Ort. Die Bediensteten wurden durch die Corona-Pandemie noch einmal weit über das Zumutbare gefordert. Die Paketmengen schossen weit über eine Million Pakete pro Tag in die Höhe. Dies wurde nur mehr mit Sonderschichten bewältigt. Und es ist bei weitem noch kein Ende in Sicht.



Andreas Soretz
FCG Landesvorsitzender
andreas.soretz@post.at

Der FCG gelangen trotz der schwierigen Umstände einige Verbesserungen für die Bediensteten. Die Einführung eines Paketstückgeldes für die neuen Mitarbeiter*innen konnte nur mit Hilfe von 9000 Unterschriften der Kolleg*innen beim Unternehmen erreicht werden. Auch die abgabenfreie Unternehmensbeteiligung bis 3000 Euro konnte die FCG mit der Regierung umsetzen. Danke hier an August Wöginger für seine Unterstützung.

Das bedeutet wieder mehr im Börsel. Wir sind aber noch lange nicht dort, wo wir als FCG hinwollen. Planbarere Arbeitsplätze, höhere Einstiegsgehälter, die Schwerarbeiterregelung für alle Zusteller*innen und machbare Arbeitsplätze für ältere Postler*innen stehen ganz oben auf der Agenda.

In nicht einmal zwei Jahren sind Personalvertretungswahlen. Es wird für die Bediensteten der Post AG entscheidend sein, wer ihre Interessen vertritt. Die FCG hat in der Vergangenheit bewiesen, dass sie näher beim „Postler" ist und die besseren Ideen hat. Die FCG Post will auch in Zukunft gemeinsam mit den Postler*innen neue Wege gehen. ■



Rosi Rosenbaum
FCG Sekretariat
roswitha.rosenbaum@post.at



Egon Grüner
egon.gruener@post.at



Christian Franz
christian1.franz@post.at



Andreas Bortolotti
andreas.bortolotti@post.at



Manfred Hilmbauer-Hofmarcher
VPA Vorsitzender NÖ West
manfred.hilmbauer-hofmarcher@post.at



Markus Waldhauser
mwaldhauser@gmx.at

Achtung Gesundheit! Es ist 5 nach 12!

Österreichweite Proteste vor Spitälern und Gesundheitseinrichtungen – parlamentarische Bürgerinitiative der Offensive Gesundheit gestartet

Am Donnerstag, dem 24. Februar 2022 um 12.05 Uhr wurde durch das Gesundheitspersonal österreichweit ein weiteres sichtbares Zeichen gesetzt, indem es sich nach November 2021 erneut bundesweit zu Protesten vor Spitälern und Pflegeheimen versammelt hatte. Aufgerufen dazu hatte die „Offensive Gesundheit", ein Zusammenschluss der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft mit Arbeiter- und Ärztekammer sowie den Fachgewerkschaften für den Gesundheits- und Langzeitpflegebereich.

Gleichzeitig startet auch die **parlamentarische Bürgerinitiative „Achtung Gesundheit! Es ist 5 nach 12!"**, die gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheits- und Langzeitpflegebereich einfordert.

Ab sofort kann jede interessierte Person durch ihre Unterschrift die parlamentarische Bürgerinitiative unterstützen, indem sie auf der Website **www.offensivegesundheit.at** das entsprechende Formular herunterlädt und danach unterschrieben postalisch retourniert. In einem zweiten Schritt, sobald die Bürgerinitiative mit diesen ersten Unterstützungen beim Parlament eingereicht wurde, wird die Unterschrift digital möglich sein.



Vorsitzender der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft und FCG Bezirksvorsitzender Reinhard Waldhör

Es ist wichtig, dass alle Unterstützerinnen und Unterstützer schnell und unkompliziert die Möglichkeit haben, für diese wichtige Initiative zu unterschreiben. In der ersten Phase können daher jene unterzeichnen, die lieber analog unterstützen wollen, das betrifft vor allem die vielen Beschäftigten im Gesundheits- und Langzeitpflegebereich, die ihre Unterschriften gesammelt über die Gewerkschaften zukommen lassen. Hier werden die Gewerkschaften vor allem ihren hohen Organisationsgrad in den Betrieben nutzen. Die Betriebsrätinnen und Betriebsräte werden die Unterstützung vor Ort einholen. In einem zweiten Schritt wird die digitale Unterschrift sehr einfach möglich sein, da wird die Offensive Gesundheit auf die Bevölkerung zugehen und um die Unterstützung ersuchen.

Die akute Krise im Gesundheitswesen endlich beenden

Inhaltlich wird im Rahmen der Bürgerinitiative der Nationalrat ersucht, umgehend Maßnahmen zu beschließen, um die akute Krise im Gesundheitswesen und der Langzeitpflege endlich zu beenden. „Es ist 5 nach 12. Leere Betten in Krankenhäusern und Pflegeheimen sowie überlange Wartezeiten auf Leistungen mobiler Pflege und Betreuung zeigen die Versorgungskrise aufgrund der akuten Personalnot auf", erklärt die „Offensive Gesundheit".

Da die ausreichende Versorgung der Bevölkerung unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr gewährleistet werden kann, fordert man im Rahmen der Bürgerinitiative folgende Punkte:

- Umgehend mehr **finanzielle Mittel für das Gesundheitswesen** und den Ausbau der Langzeitpflege, um die dringendst notwendigen Reformen, unter Einbeziehung der relevanten Stakeholder, rasch umsetzen zu können
- Umgehende **Besetzung vakanter Stellen** im Gesundheits- und Langzeitpflegebereich sowie eine zusätzliche Aufstockung des Personals
- Schaffung von **mehr Ausbildungsplätzen** für alle Berufsgruppen, die im Gesundheitswesen und in der Langzeitpflege benötigt werden
- Umgehende Verbesserung der **Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten**
- Etablierung einer österreichweiten **evidenzbasierten Personalbedarfsberechnung** sowie verbindliche Kriterien für die Personaleinsatzplanung als Sofortmaßnahme (Stichwort: keine Nachtdienste allein!)



Vorsitzender Reinhard Waldhör spricht bei der Protestveranstaltung über die akute Krise im Gesundheitswesen.

- Existenzsichernde **finanzielle Entschädigung** aller **Auszubildenden** sowie Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger in den Gesundheits-, Betreuungs- und Sozialberufen

- **Anerkennung** von berufsbedingter Arbeit an kranken, beeinträchtigten und pflegebedürftigen Menschen als **Schwerarbeit** sowie Einführung eines Überbrückungsmodells für Menschen, die aufgrund permanenter Belastungen insbesondere durch Nachtarbeit ein Regelpensionsalter von 65 Jahren schwer erreichen können

- Flächendeckende Umsetzung der **Nachtschwerarbeitsstunden** im Krankenhaus sowie in stationären Pflege- und Betreuungseinrichtungen

Der **Vorsitzende der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft Reinhard Waldhör** findet bei der Protestveranstaltung vor dem Wiener AKH klare Worte:

„Der Gesundheitsminister hat es in zwei Jahren Pandemie in Österreich nicht geschafft, eine einzige Maßnahme auf den Weg zu bringen, die das Personal in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen nachhaltig entlastet! Die Kolleginnen und Kollegen können einfach nicht mehr! Daher ist es unerlässlich, dass notwendige Reformen sofort auf den Weg gebracht werden. Die Dialogverweigerung seitens des Ministers dazu ist unerträglich und muss ein Ende haben!

Uns ist in den letzten Jahren viel versprochen worden und nun ist es Zeit, Worte in Taten umzusetzen. Mit der Bürgerinitiative wollen wir der Politik zeigen, wie das geht, denn da die Politik nicht auf unsere Not eingeht, müssen wir unsere Forderungen durch die breite Unterstützung der Bevölkerung noch sichtbarer machen!“

Die Offensive Gesundheit wird bis zum 12. Mai für die Unterstützung der parlamentarischen Bürgerinitiative werben. Ein Zwischenschritt wird die Übergabe der Unterschriftenlisten an das Parlament am 31.03. sein, damit dann die Umstellung auf die digitale Form möglich ist. Leider können diese beiden Formen nicht parallel laufen!

Save the date: Am 12. Mai, dem internationalen Tag der Pflege, wird mit Großveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet die Bürgerinitiative zu einem sehr lauten Abschluss gebracht! ■

Neue Betriebsratsvorsitzende im NÖ Hilfswerk

DAS HILFSWERK NIEDERÖSTERREICH HAT EINE NEUE BETRIEBSRATSVORSITZENDE. Gabriele Koubek übergab die Funktion Mitte September an ihre bisherige Stellvertreterin Astrid Eder. Die scheidende Vorsitzende wurde von ihrem Team feierlich in der Garten Tulln verabschiedet und Vorsitzende Astrid Eder freut sich auf die neue Herausforderung mit dem Betriebsratsgremium. ■


v.l.n.r. Sonja Hör BRV Stv., Astrid Eder, Gabriele Koubek

Wechsel in der NÖAAB-FCG AK Fraktion

BEI DER LETZTEN AK-VOLLVERSAMMLUNG wurden vier Kolleginnen und Kollegen der NÖAAB-FCG AK Fraktion als Kammerrät*innen angelobt. Durch ihre jahrelange Erfahrung im Betriebsrat wollen sie ein wichtiges Sprachrohr für die zahlreichen Kolleginnen und Kollegen im Bezirk sein und die Interessen ihrer Berufsgruppe in der AK-Vollversammlung vertreten. ■

Astrid Eder – KR seit 01.01.2022
Beschäftigt bei: Hilfswerk NÖ
(Betriebsratsvorsitzende)
Zuständiger Bezirk: St. Pölten
Ausschuss: Frauenpolitik

Hannes Neuwirth – KR seit 11.11.2021
Beschäftigt bei: Landesklinikum Baden
(Betriebsratsvorsitzender)
Zuständiger Bezirk: Baden
Ausschuss: Gesundheitspolitik und Arbeitnehmer*innenschutz

Thomas Svejda – KR seit 01.01.2022
Beschäftigt bei: Firma Brantner
(Betriebsratsvorsitzender)
Ausschuss: Sozialpolitik und Arbeitsrecht
Zuständiger Bezirk: Krems/Donau

Franz Hammer – KR seit 01.01.2022
Beschäftigt bei: Landesklinikum Mistelbach (Betriebsratsvorsitzender)
Mitglied: Ausschuss für Konsumentenpolitik
Zuständiger Bezirk: Mistelbach



Hannes Neuwirth
*Gesundheitspolitik und Arbeitnehmer*innenschutz*



Thomas Svejda
Sozialpolitik und Arbeitsrecht



Franz Hammer
Konsumentenpolitik



Astrid Eder
Frauenpolitik

Start der FCG Bezirkskonferenzen

IM RAHMEN DER ÖGB REGIONALKONFERENZEN, die im Frühjahr stattfinden, werden auch die FCG NÖ Bezirkskonferenzen via Videokonferenz abgehalten. Den Anfang machte die Region Mostviertel-Eisenstraße mit den Bezirken Amstetten, Melk und Scheibbs. Im Fokus stand die Neuwahl der Bezirksvorstände sowie der ÖGB NÖ Leitantrag, der bei der ÖGB Regionalkonferenz zur Abstimmung gebracht wurde. ■



Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen nahmen am Treffen via Videokonferenz teil.



v.l.n.r.: FCG NÖ Landessekretär Martin Pohnitzer, FCG Bezirksvorsitzender KR Andreas Schauer, GÖD NÖ Landesvorsitzender Ing. Matthias Deiser M.Sc., NÖAAB-FCG AK Fraktionsvorsitzender KR Harald Sterle